NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 10.04.2019 | Hannes Alpen

Ja zur Besatzung, nein zum Frieden

So lesen die Palästinenser den Ausgang der israelischen Wahlen – und hoffen, dass die Welt hinsieht.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch.

„Es ist an der Zeit, dass wir uns eingestehen, dass sich Israel in eine Diktatur verwandelt hat", so deutlich fällt das Urteil in der Kommentarspalte der linken israelischen Tageszeitung Haaretz aus, in der der Autor Bradly Burston dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu unter anderem vorwirft, faire und freie Wahlen verhindert zu haben. Die israelische Linke, die schon seit einiger Zeit vor sich dahinsiecht, hat bei den Parlamentswahlen erneut eine massive Niederlage erlitten. Die Arbeitspartei hat voraussichtlich sechs von 120 Knessetsitzen gewonnen, die Linkspartei Meretz vier Sitze. „Links" wurde im Wahlkampf als Schimpfwort verwendet: Jeder, der sich nur irgenwie Hoffnungen auf Wählerstimmen machte, bemühte sich so schnell wie möglich, sich davon zu distanzieren.

Benny Gantz, der aussichtsreichste Herausforderer Benjamin Netanjahus, wurde in internationalen Medien stets als Mitte-Links-Kandidat bezeichnet. Anzeichen hatte er dafür im Wahlkampf nicht gegeben. Er bedankte sich bei Donald Trump für die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem und für die Anerkennung der israelischen Annexion der Golan-Höhen. Er bekräftigte, dass er nicht vorhabe, Siedlungen zu räumen und warf Netanjahu militärische Zurückhaltung vor. Trotzdem hatte die israelische Linke viele Hoffnungen in einen Regierungswechsel gesetzt, der vor allem eines, eine neue Legislaturperiode unter Benjamin Netanjahu, abgewendet hätte. Dieser hatte die Neuwahlen initiiert, um zu verhindern, dass seine Korruptionsaffairen ihn möglicherweise ins Gefängnis bringen. Nun sieht es aber so aus, als ob Netanjahu erneut die Regierung bilden wird, zusammen mit religiösen und ultra-rechten Parteien.

Für viele Palästinenser bestätigten die israelischen Parlamentswahlen ihr

Die Reaktionen der israelischen Linken fallen deswegen so heftig aus, weil sie befürchten, dass der demokratische Charakter Israels mit einer rechts-religiösen Regierung verloren gehen

Weltbild. Ohnehin konnten sie nie begreifen, warum die internationale Gemeinschaft nicht aus ihrem Traum aufwacht, dass im Nahost-Konflikt alle irgenwie Frieden wollten.

könnte. Viele der potentiellen Regierungsmitglieder sprechen den Palästinensern gleiche Rechte ab, bei gleichzeitigem Willen, über palästinensisches Land zu herrschen.

Die Reaktion der Palästinenser fällt dagegen geradezu gelassen aus. Das Vertrauen in die israelische Politik war nie besonders groß. Aber vor diesen Parlamentswahlen hatten die Palästinenser sich besonders wenig Illusionen gemacht, dass sich irgendetwas an ihrer Situation ändern könnte. Die feindliche Politik Benjamin Netanjahus haben sie das letzte Jahrzehnt zu Genüge zu spüren bekommen. Die Erwartungen an eine Regierung unter Benny Gantz war: mehr des Gleichen, in einem schöneren Gewand, mit etwas konzilianterer und weniger rassistischer Rhetorik.

Für viele Palästinenser bestätigten die israelischen Parlamentswahlen ihr Weltbild. Ohnehin konnten sie nie begreifen, warum die internationale Gemeinschaft nicht aus ihrem Traum aufwacht, dass im Nahost-Konflikt alle irgenwie Frieden wollten, es nur gerade unter den Umständen nicht ginge. Die israelische Regierung hat sich von der Zweistaatenlösung schon lange verabschiedet. Von 120 Abgeordneten in der Knesset werden nach aktuellen Hochrechnungen nur noch etwa 20 Abgeordnete sitzen, die sich offen für eine Zweistaatenlösung aussprechen, die auf der Basis von internationalem Recht ausgehandelt würde. Dazu zählen die Abgeordneten der Arbeitspartei, von Meretz und den beiden arabischen Listen. Die Abgeordneten der Blau-Weiß-Partei von Benny Gantz haben das Wort Zweistaatenlösung nie in den Mund genommen und stattdessen das Festhalten an den Siedlungen bekräftigt.

Die Palästinenser fühlen sich von allen Seiten allein gelassen. Zuallererst haben die USA unter Donald Trump sich voll und ganz auf die Seite der israelischen Politik geschlagen und sind dafür auch bereit, Völkerrecht zu ignorieren, wie sich in der Annerkennung der Annexion der Golanhöhen und der Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem zeigt. Zum anderen tragen einige arabische Staaten ihre Beziehungen zu Israel offen zu Schau, ohne dabei das Schicksal der Palästinenser auch nur zu thematisieren. Von den Europäern erwarten die Palästinenser im Zweifel auch nichts als leere Worte. Und nicht zuletzt fühlen sich viele Palästinenser von ihren eigenen Politikern verraten. Die Palästinensiche Autonomiebehörde arbeitet mit den Israelis weiterhin eng zusammen, beispielsweise in

Sicherheitsfragen, obwohl die israelische Politik jede Hoffnung auf eine Zweistaatenlösung vermissen lässt. Diesem Mangel an Vertrauen in die eigenen Vertreter könnte die Palästinensische Autonomiebehörde nur durch Wahlen entgegenwirken, die von fast 90 Prozent der Palästinenser gefordert werden.

Während die Mehrheit der Palästinenser kein Vertrauen mehr in nichts und niemanden hat, gibt es diejenigen, die mit zynischem Blick einen kleinen Vorteil in einer erneuten Netanjahu-Regierung sehen. Zumindest würde jetzt für alle sichtbar, wie die politische Realität aussehe, und keiner solle später sagen, er hätte es nicht gewußt. Erste Anzeichen, dass die extremen Positionen der israelischen Regierung Wirkung zeigen, sind in den USA zu erkennen, wo der bedingungslose Rückhalt für Israel in der traditionell eher demokratisch geprägten jüdischen Wählerschaft bröckelt. Netanjahus Nähe zu Donald Trump, mit dem er im Wahlkampf Werbung machte, hat für Irritationen in den USA gesorgt. Ebenfalls erhoffen sich die Palästinenser ein Aufwachen der Europäer, sollte eine neue israelische Regierung tatsächlich mit Plänen voranschreiten, Teile der Westbank zu annektieren. In dieser Logik muss es erst schlimmer werden, bevor es vielleicht besser wird. Die Palästinenser wissen aber auch, es geht immer noch schlechter.



Hannes Alpen
Jerusalem

Hannes Alpen leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ost-Jerusalem und vertritt die Stiftung in den Palästinensischen Gebieten. Zuvor arbeitete er in der Internationalen Politikanalyse der FES in Berlin und leitete die Redaktion des IPG-Journals. Er leitete auch die Redaktion des Nahost-Magazins zenith.